

## **Rede Andrea Ypsilanti auf dem außerordentlichen SPD-Landesparteitag in Hanau am 29.03.2008**

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor ein paar Wochen titelte eine große Tageszeitung: "Linkes Projekt gescheitert – Ypsilanti gibt auf." Da mag der Wunsch den Texter geleitet haben. Aber weder das eine noch das andere stimmt. Es gibt überhaupt keinen Grund, von unserer politischen Überzeugung, für die wir eine gesellschaftliche Mehrheit errungen haben, abzugehen. Auch für mich gibt es keinen Grund, meine politischen Ziele, für die wir gemeinsam gekämpft haben, aufzugeben. Wir kommen heute auf diesem Parteitag zusammen, weil die entscheiden und diskutieren, die gekämpft haben und nicht die, die schreiben, was wir zu tun und zu lassen haben.

Aber als ich diese Überschrift gelesen habe, wurde mir noch einmal klar, welcher harten politischen Auseinandersetzung wir uns gestellt haben mit unserem politischen Projekt der Sozialen Moderne. Die Angriffe sollen davon ablenken, wie viel hoffnungsvolle Zustimmung der hessischen Wählerinnen und Wähler wir erhalten haben. Die Fragen der Menschen, Gerechtigkeit in allen politischen Bereichen und für die nächsten Generationen wieder zum zentralen Thema zu machen, ist offensichtlich eine Bedrohung für viele Besitzstände. Nur so kann der Sturm der Entrüstung erklärt werden, der in den letzten Wochen über uns hereingebrochen ist.

Wie in allen schwierigen Situationen ist ein Blick in die Geschichte hilfreich. Ich möchte daher mit einem kleinen, aber vielsagenden Text von Bert Brecht beginnen:

„Die Lösung“

„Nach dem Aufstand des 17. Juni

ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes in der Stalinallee Flugblätter verteilen, auf denen zu lesen war, dass das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt habe und es nur durch verdoppelte Arbeit zurückerobern könne.

Wäre es da nicht einfacher,

die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anders?“

Genossinnen und Genossen! Viele öffentliche Ratschläge hatten in der letzten Woche weniger mit Rat, dafür umso mehr mit Schlägen zu tun. Das Gesamtbild der Partei würde heute besser aussehen, wenn viele der Ratschläger einfach geschwiegen hätten. Das gilt für einen Clement mitten im Wahlkampf genauso wie für so manche Analysten des Wahlergebnisses danach und viele, die ich im hessischen Wahlkampf nicht gesehen habe.

Was sich aber mit dem Gedicht sagen lässt:

Sozialdemokraten haben in ihrer Geschichte noch nie das Volk auswechseln wollen - und wir beschimpfen auch keine Wähler. Die hessische SPD erkennt den Wählerwillen nicht nur formal an. Im Gegensatz zu dem CDU-Ministerpräsidenten, der trotz 12 % Verlust an Amt und der Macht klebt. Im Gegensatz zur FDP, die als Totalverweigerer in Fundamentalopposition geht, weil sie mit Kochs Amigos nicht regieren darf.

Wir waren und sind bereit, abzuwägen und Kompromisse zu machen. Aber wir dürfen dabei nicht unsere Grundwerte und unsere Inhalte preisgeben.

Diese Bereitschaft ist eben auch ein Grund, weshalb diese Partei nunmehr seit über 144 Jahren nicht nur für Freiheit und Gerechtigkeit, sondern auch für äußeren und inneren Frieden einsteht. Deshalb mussten wir im Unterschied zu Konservativen und Kommunisten noch nie unseren Namen ändern.

Ich will heute unsere Schritte und Überlegungen nach der Wahl begründen und einen Ausblick für die weitere Arbeit geben. Der Ausgangspunkt ist unser Wahlergebnis, das offenbar viele auch in der eigenen Partei überrascht hat.

Wir haben 7,6 % dazu gewonnen. Das war seit 2001 neben dem Wahlergebnis in Rheinland Pfalz (mit plus 0,9 %) der einzige und mit Abstand höchste Zugewinn für die SPD in einer politischen Wahl in Deutschland. Wir haben diesen erreicht, obwohl mittlerweile mit der Linkspartei ein Konkurrent um unser Wählerpotential auf den Plan getreten ist.

Wir haben 90.000 Stimmen von der CDU, 66.000 von den Grünen und 68.000 aus dem Nichtwählerlager gewonnen. Wir sind in allen Altersgruppen bis 60 Jahre auf

Platz eins. Bei den ganz Jungen, bei den Frauen, bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, bei den Selbstständigen bei den Beamten lagen wir weit vorne. Wir haben in der Mitte der Gesellschaft überzeugt. Wir wissen also auch besser als manch andere in der Bundespartei, die dauernd davon reden, wie man in der Mitte gewinnt. Wir haben das geschafft.

Es gibt eine klare gesellschaftliche Mehrheit für einen Politikwechsel und den Aufbruch in das, was ich Soziale Moderne nenne.

Wenn alle Stimmen, die Koch und die CDU ablösen wollen, in der Waagschale liegen, ist es doch dreist und lächerlich zugleich, wenn die CDU behauptet, sie sei geschwächerter Wahlsieger.

Wir haben diesen Wahlkampf mit drei Botschaften geführt:

Erstens mit dem inhaltlichen Projekt der Sozialen Moderne, mit dem Haus der Bildung, Chancengleichheit für alle Kinder. Mit einer neuen Energiepolitik, der Abschaffung der Studiengebühren und der Einführung des Mindestlohns. Kurzum: mit einem breiten Ansatz sozialer Gerechtigkeit. Wir sind in aller erster Linie für diese Inhalte gewählt worden und nicht für Koalitionsaussagen. Gerade Werte und Inhalte haben mit Glaubwürdigkeit zu tun. Das ist leider in der Medienhysterie der letzten Wochen untergegangen.

Die zweite Botschaft war: Koch muss weg, weil wir endlich wieder eine andere politische Kultur wollen. Eine politische Kultur, die die Menschen beteiligt. Eine politische Kultur, die ebenso kommunal verbunden wie weltoffenen ist. Die aufklärerisch-demokratisch ist, wie es der sozialen Tradition Hessens entspricht. Wir wollen mehr als nur einen Regierungswechsel, wir wollen den Politikwechsel! Der ist mit Koch und der erzkonservativen CDU eben nicht zu machen.

Und die dritte Botschaft war: Wir wollen eine eigene rot/grüne Mehrheit, ohne die Linkspartei. Fast alle konventionellen Politik-Profis hielten das für unerreichbar. Es hat das Ergebnis nicht verbessert, dass ausgerechnet ein ehemaliger stellvertretender SPD-Vorsitzender und Bundeswirtschaftsminister und jetziger RWE-Interessenvertreter eine Woche vor der Wahl dazu aufgerufen hat, uns wegen unserer neuen Energiepolitik nicht zu wählen.

Auch das muss mal gesagt werden. Denn manche aus den Bundesparteien sollten sich an diesen Tiefpunkt unsolidarischen Verhaltens erinnern, wenn sie über die hessische SPD und ihre Spitzenkandidatin reden.

Wer heute so hochmoralisch von Wortbruch und Verlust von Glaubwürdigkeit spricht, sollte zumindest ein paar Fakten zur Kenntnis nehmen und die Dinge im Zusammenhang sehen. Fakt ist, dass die Linkspartei in Hessen schlechter als in Niedersachsen und Hamburg abgeschnitten hat. Vielleicht hat das ja damit zu tun, dass die hessische SPD und ihre Spitzenkandidatin durch programmatisches Profil mit inhaltlicher Glaubwürdigkeit die Linkspartei klein gehalten haben, auch lange vor dem Wahlkampf.

So, Genossinnen und Genossen, und dann stellte sich uns die Frage: Wie setzt man diesen demokratischen Wählerwillen um?

Bei allen Überlegungen dazu war und ist mir wichtig: Die Geschlossenheit mit der wir Wahlkampf gemacht haben und das wieder gewonnene Selbstbewusstsein der hessischen SPD, das in den letzten Monaten bis in jeden Ortsverein zu spüren war, das durften und dürfen wir nicht aufs Spiel setzen.

Und die Hoffnung, die so viele im Wahlkampf auf unsere Inhalte gesetzt haben. Das waren die Grundlagen für meine Entscheidungen und für meine Vorschläge der letzten Wochen.

Wisst Ihr, mit diesem Wahlergebnis irgendwie an der politischen Macht beteiligt zu werden, etwa als Juniorpartner in einer Großen Koalition, wäre einfach gewesen. Es hätte nur nichts mit unserem Wählerauftrag zu tun gehabt.

Die CDU hat sich nicht geschämt, eine Große Koalition unter Roland Koch vorzuschlagen, mit kleinen Korrekturen an der gescheiterten G8-Reform und ansonsten einem „Weiter so“.

Da kann ich nur erwidern: einer solchen Konstellation dürfen und werden wir nicht die Hand reichen!

Wir haben das Plakat „Stoppt Ypsilanti, Al Wazir und die Kommunisten“ mit den gezielten untergründigen Ressentiments nicht vergessen. Wir haben nicht vergessen, wie die CDU erneut versucht hat, wieder die Ausländer und die Frage der

Integration zu Sündenböcken zu machen. Wissend, dass sie ihre Hausaufgaben weder bei der Polizei, noch bei der Justiz gemacht hat. Wissend, dass der brutalstmögliche Sozialabbau in Hessen jede pädagogische Präventivarbeit verhindert hat.

Deshalb gilt auch diese zweite Botschaft: Koch muss weg – und nicht nur er, sondern seine komplette, größtenteils erzkonservative Regierungsmannschaft auch.

Leider ist uns die Realisierung unserer dritten Botschaft, mit einer rot/grünen Mehrheit den Politikwechsel herbeizuführen, durch das Wahlergebnis nicht möglich geworden. Das war das Problem der letzten Wochen und der vor uns liegenden Zeit sind aus der Frage erwachsen: Wie können wir dennoch die Realisierbarkeit der zwei ersten Botschaften ermöglichen? Das war und ist für mich das vorrangige demokratische Glaubwürdigkeitsgebot! Und diese Abwägung hat uns alle, ich kann das jedenfalls für mich sagen, vor eine innerliche Zerreißprobe gestellt.

Genossinnen und Genossen, an dieser Stelle will ich aber auch etwas zu kritischer Moral oder moralisierender Kritik sagen, auch wenn es manche nicht mehr hören können: Wer in Hamburg ohne Skrupel mit der Partei des Richters Gnadenlos die Macht ergriffen hat, wenn es in Hessen Stimmen gab, die 1992 ganz offen über eine Zusammenarbeit mit den rechtsextremen Republikanern spekuliert hat, der hat allen Anlass zu schweigen.

Ich darf aus dem SPIEGEL , Nummer 30/1992 zitieren: „In Hessen brachte die CDU Landtagsabgeordnete Petra Roth (man höre und staune) die Rechtsextremen als Bündnispartner ins Gespräch. In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau schloss die Politikerin nicht aus, dass sie im Falle eines Falles die Republikaner als Mehrheitsbeschaffer für den Einzug in den Römer (gemeint ist als OB) in Anspruch nehmen würde.“

Genossinnen und Genossen, ich kann ja gut verstehen, dass die hessische CDU daran nicht erinnert werden will, so wie auch nicht an die Frage der Herkunft der Millionen aus angeblich jüdischen Vermächtnissen. Aber von der CDU müssen wir uns den Spiegel nicht vorhalten lassen.

Man muss die Linkspartei nicht mögen, schon gar nicht ihre versprengten ewig gestrigen DKP-Kader, wie in Niedersachsen. Aber nicht einmal in Ostdeutschland wird sie mit Republikanern oder anderen rechtsextremen Parteien gleichgesetzt. Weder von der SPD noch von der CDU.

In Westdeutschland gehören nicht wenige ehemalige Sozialdemokraten, darunter ehemalige SPD-Vorstandsmitglieder und auch sozialdemokratische Gewerkschafter der Linkspartei an – und gewählt haben sie nicht wenige ehemalige SPD-Wähler. Es ist aber unter jedem Niveau einer seriösen Auseinandersetzung, sie einfach als Kommunisten abzustempeln. Und wir müssen uns dagegen verwahren, ehemalige SPD-Wähler so zu beleidigen. Wir müssen sie zurückgewinnen!

Ob und inwieweit das gelingt, hängt von der SPD-Politik ab und nicht zuletzt davon, dass wir eine sachgemäße Diskussion über die Linkspartei führen. Das gehört zu unserem Anspruch einer demokratischen Kultur. Alles andere führt nur zu weiterer Stärkung der Linkspartei und das zu unseren Lasten.

Lasst mich die Option der Ampel schildern.

Genossinnen und Genossen,

wer vorne steht, darf sich nicht wundern, dass es gelegentlich medial hart zugeht. Eines aber müssen wir Sozialdemokraten uns mit Sicherheit nicht vorwerfen lassen: Dass wir uns nicht wirklich um die FDP bemüht hätten.

Ich gestehe dabei gerne ein, dass ich es versäumt habe, Herrn Hahn nach dem Wahltag im Flugzeug, über die Köpfe von mehreren anderen Passagieren hinweg freundlich zu grüßen. Er hätte es ja höflicherweise auch tun können.

Aber wer glaubt denn im Ernst, dass daran die „Ampel“ gescheitert ist?

Wir wollten ernsthaft und offen verhandeln.

Aber ich sage zugleich: Wir Sozialdemokraten sind nicht zur Selbstaufgabe bereit. Wer meint, Koalitionsangebote mit Stalking vergleichen zu dürfen, wer schriftliche

Angebote schnöde zurückweist und der SPD Lektionen über Lesen und Schreiben empfiehlt, der diskreditiert sich selbst als ernstzunehmende politische Kraft. Es gibt Grenzen, die unsere Eigenwürde setzt!

Herr Westerwelle und Herr Hahn haben die FDP willentlich und wissentlich in eine Fundamentalopposition zu uns geführt. Herr Westerwelle hat immerhin nach der Hamburg-Wahl zumindest taktisch erkannt, dass dies ein falscher Weg sein könnte.

Und von Herrn Hahn tönt es laut:

„Mit uns gibt es keinen Wortbruch“ – um das aber zeitgleich gemeinsam mit dem ehrlichen Herrn Koch von den Grünen einzufordern.

Da kann man nur festhalten: Wer so beliebig ist und so die Menschen und Wähler für dumm verkauft, von dem brauchen wir keine Belehrungen in politischer Moral und Glaubwürdigkeit.

Genossinnen und Genossen, es gab einmal – auch in Hessen – eine FDP, die mutig und reformorientiert war. Die 1969 unter ungleich schwierigeren Bedingungen unter Walter Scheel die sozial-liberale Ära mit begründete. Die mit Willy Brandt eine neue Ostpolitik und die Epoche der Entspannung gestaltete, die zur deutschen Vereinigung geführt hat.

Ich sage: Wer wie die heutige hessische FDP der Schwarzgeld-Partei CDU geholfen hat an der Macht zu bleiben, scheidet schon deshalb als politischer Tugendwächter aus.

Genossinnen und Genossen,

kommen wir zu dem Wortbruch, den ich zu verantworten habe:

Zunächst möchte ich schlicht Fakten festhalten. Nach der Hamburg-Wahl haben sowohl der Parteivorstand als auch der Parteirat beschlossen, dass die Landesverbände selbst entscheiden, wie sie eine Regierung bilden. Dieser Beschluss bezog sich explizit auf Hessen. Aber dies nehmen alle Landesverbände für sich in Anspruch. Es sollte für eine Partei eine Selbstverständlichkeit sein, dass Stellvertreter eines oder einer Vorsitzenden diese - wie der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Ralf Steger sagte - „vertreten und nicht treten“.

Und die SPD in Hessen wird sich nicht vorschreiben lassen, wie und mit wem sie zu regieren hat. Das entscheidet allein ein Parteitag der hessischen SPD!

Lauthals wurden wir vor einem Wortbruch gewarnt, darunter auch von vielen, die wir im hessischen Wahlkampf nicht sehen konnten. Und manche empfahlen uns zur Vermeidung des einen Wortbruchs den Wortbruch einer Großen Koalition. Aber über politische Inhalte, um die es einer politischen Partei in erster Linie gehen muss, brach kein Wort aus ihnen heraus.

Und nun zu unserer Entscheidungsfindung. Wenige Tage vor der Hamburg-Wahl hat Kurt Beck in einem Hintergrundgespräch mit Journalisten angedeutet, dass es doch nicht angehen könne, Koch nach diesem Wahlergebnis einfach weiter amtieren zu lassen – und dass wir dann notfalls für den von den Wählern gewollten Politikwechsel Flagge zeigen müssten.

Kurt Beck hat eingeräumt, dass dieser Zeitpunkt unglücklich war. Es traf nicht nur die Hamburger Genossen es traf auch uns unvorbereitet.

Es traf uns zu einer Zeit, als wir dachten es gebe nach den Wahlen in Hamburg noch eine Chance für einen Anlauf mit der FDP.

Wir sind dann nach den Wahlen wie angekündigt auf die FDP zugegangen, die öffentliche Diskussion war aber bereits woanders. Dieser erneute Versuch in Richtung Ampel ist, für alle wahrnehmbar, die Herrn Hahn in Rundfunk und Fernsehen erleben durften, gescheitert. Dazu ist alles gesagt.

Und dann habe ich keineswegs nach dem Motto gehandelt: Hurra, da gibt es ja noch die Linkspartei. Wir haben mit dieser Entscheidung gerungen, viele Genossen und Genossinnen um Rat gefragt und natürlich die zuständigen Gremien zeitnah befragt. Nach Abwägung aller Varianten haben wir im Landesvorstand und in der Fraktion die Entscheidung getroffen, dass unsere Politik nur mit einer rot/grünen Minderheitsregierung realisierbar ist - und dass wir, Genossinnen und Genossen, nur so unseren Inhalten und dem darauf bezogenen Wählerwillen treu bleiben können.

Unser moralischer Leitfaden war und ist dabei: Die Leute wollen endlich wieder erleben, dass die ihrer Wahlentscheidung zugrundeliegenden Inhalte auch nach der Wahl gelten und durchgesetzt werden. Das ist ihre wichtigste Erwartung an die



Glaubwürdigkeit derjenigen, die sie gewählt haben. Davon bin ich überzeugt. Wird diese nicht erfüllt, geht ihr Vertrauen an die Demokratie verloren! Wir sprechen über Moral statt Machtgier!

Ich darf Ivan Nagel zitieren, der als kritischer unabhängiger Geist bekannte Theaterintendant:

„Gestatte man mir einen logischen Exkurs. Ypsilanti kann nicht die Wähler der CDU plus FDP um ihre Stimmen betrogen haben, da diese mit 46,2 % Roland Koch wählen wollten und auch wählten. Nötig wäre es also, den SPD, Grünen und Linken Wählern die triftige Frage zu stellen: Wollt ihr Koch kommissarisch oder Ypsilanti minoritär regieren lassen?“, so schreibt

Genossinnen und Genossen, das war dann auch unser Vorschlag: eine rot/grüne Minderheitsregierung. Diese hätte, davon bin ich überzeugt, trotz aller Schwierigkeiten, dieses Land vorangebracht und gezeigt, dass „Hessen vorn“ wieder Geltungskraft bekommt!

Wir können diesen Weg nicht gehen und auch darüber muss auf dem heutigen Parteitag gesprochen werden. Ich will dies sachlich tun, ohne Anklage und ohne die Integrität von Dagmar Metzger in Frage zu stellen.

Die Öffentlichkeit und mancher Ferndiagnostiker waren in dieser Frage allzu schnell mit dem Vorwurf des handwerklichen Unvermögens auf dem Markt.

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Vorwurf unterstellt, dass in einer Fraktion grundsätzlich ein Misstrauensklima herrschen muss. Dass man die eigenen Fraktionsmitglieder ständig der Prüfung zu unterziehen hätte.

Nein, ich bin davon ausgegangen, dass unserer Fraktion geschlossen auftritt und alle die Mehrheitsentscheidung akzeptieren, die erst der heutige Parteitag letzt entscheidend treffen sollte.

Das ist Normalität in einer Fraktion und der Partei - auch wenn jeder unserer Abgeordneten Situationen kennt, in denen man vielleicht lieber abweichend vom Mehrheitsbeschluss votieren würde.

Genossinnen und Genossen,

gestattet mir dennoch einige grundsätzliche Bemerkungen zu persönlichen Konfliktlagen bei politischen Gewissensfragen.

Was man mit seinem Gewissen bei einer Mehrheitsentscheidung vereinbaren kann, ist persönlich wie politisch eine der schwierigsten Fragen überhaupt. Bei Fragen, bei denen es um Leben und Tod geht – von der embryonalen Stammzellenforschung bis zur Entscheidung über Kriegseinsätze – ist ein Gewissensvorbehalt grundsätzlich selbstverständlich. Aber selbst dann geht es immer auch um die Abwägung mit den gesamtpolitischen Folgen der individuellen Entscheidung.

Ich erinnere an die politische Entscheidung über die deutsche Mitwirkung am Afghanistan-Einsatz, die Ende 2001 im Bundestag gefällt wurde. Zahlreiche SPD-Abgeordnete wollten aus Gewissensgründen ihre Zustimmung verweigern. Daraufhin verband Bundeskanzler Gerhard Schröder die Abstimmung darüber mit der Vertrauensfrage. Damit ging es nicht mehr allein um die Entscheidung zum Einzelfall, sondern um den Fortbestand der von der SPD-geführten Bundesregierung – also um alle sozialdemokratischen Gestaltungsmöglichkeiten überhaupt. Deshalb stimmten letztlich mit einer Ausnahme alle zu.

Generalsekretär Franz Müntefering drohte zuvor allen, die dagegen stimmen wollten, mit der Nichtnominierung für die nächste Bundestagswahl.

Die SPD-Abgeordnete Christa Lörcher aus Baden-Württemberg verweigerte dennoch ihre Zustimmung, worauf sie aufgefordert wurde – vom Fraktionsvorsitzenden Peter Struck und von ihrer Landesgruppe – ihr Mandat niederzulegen.

Sie trat schließlich aus der Fraktion aus. Bei all diesen bewegenden Vorgängen gab es nicht den Sturm öffentlicher Entrüstung, wie es in den letzten Wochen der Fall war, als im Konflikt zwischen Regierungsmacht und individueller Gewissensentscheidung die Mandatsfrage aufgeworfen wurde.

Genossinnen und Genossen,

jeder und jede Abgeordnete muss selbst entscheiden, in welcher Situation er oder sie das unveräußerliche Recht auf eine Gewissensentscheidung in Anspruch nimmt.

Kein Sozialdemokrat vergisst Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl und die Inhaftierungen von Genossen in Bautzen. Auch dann nicht, wenn die Partei einen anderen Namen trägt und sich zumindest größtenteils geläutert hat - und wenn die Linkspartei, längst auch Mitglieder hat, die aus der Sozialdemokratie oder von den Grünen kommen.

Allerdings gilt auch: Die Partei, die zwei Blockparteien der kommunistischen SED über Nacht ihren demokratischen Segen erteilt hat, und die nach 1945 genügend braune Funktionäre in höchste politische Ämter und Funktionen bis ins Bundeskanzleramt hievte, diese CDU hat Sozialdemokraten im Umgang mit der Linkspartei nicht zu belehren – und schon gar kein Roland Koch!

Wenn die CDU heute „Jamaika“ für möglich hält, obwohl sie gestern noch die Grünen in Grund und Boden verdammt, dann profitiert sie von gelungener sozialdemokratischer Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte.

Es waren Holger Börner und Willy Brandt, die die Friedens- und Ökologiebewegung mit der parlamentarischen Demokratie versöhnten. Es waren übrigens auch die Sozialdemokraten und Antifaschisten Wehner und Brandt, die 1966 unter einem Bundeskanzler Kiesinger, der NSDAP-Mitglied war, eine Große Koalition schlossen, 21 Jahre nach Kriegsende. Und dass es eine unselige konservative Tradition hat, eine persönlich herabwürdigende Medien-Kampagne gegen führende Sozialdemokraten anzuzetteln, wenn sie neue Wege gehen. Das hat Willy Brandt oft genug erleben müssen.

Ich darf noch einmal Ivan Nagel zitieren:

„Wer heute nur über die Umfrageverluste für SPD, Beck, Ypsilanti berichtet, statt zeitgleich über die Tsunamiewelle von demagogischer Raserei, mit der die meistgelesenen Zeitungen des Landes seit den Hessen- und Hamburg-Wahlen über Volk und Politik herfallen – der schildert die Lage unvollständig, also falsch.“

Genossinnen und Genossen,

diese Kampagne zeigt, dass es um mehr geht als die Frage einer Minderheitsregierung in Hessen. Wer sich erinnert, weiß noch, wie die Springer-

Presse pünktlich am 27. Dezember 2007, einen Monat vor der Wahl, die Kampagne gegen gewalttätige Jugendliche mit Koch startete und bis zum Wahltag durchhielt. Und auch der Clement-Aufruf erschien in der Springer-Presse.

Die das anzetteln wissen: wenn in Hessen unser Projekt einer Sozialen Moderne beginnt, ist das das Ende der neoliberalen Ideologie und Praxis!

Die wissen, dass eine neue Energie- und Wirtschaftspolitik mit Hermann Scheer nicht nur die Wende zu erneuerbaren Energien, sondern auch das Ende der Extraprofite der Energiekonzerne ist.

Die wissen, dass unsere Politik der sozialen Gerechtigkeit auch Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima der ganzen Republik und auf die Bundtagswahl haben wird. Und dass das so genannte Prekariat sich möglicherweise wieder gesellschaftlich und wirtschaftlich einbringt.

Und die wissen, dass soziale und kulturelle Bildung in einem neuen Haus der Bildung ein großer Schritt zu mehr Aufklärung und Emanzipation sein wird.

Darum geht es, Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag hat die Aufgabe und das Ziel, unsere Politik zu bekräftigen und weiter zu verfolgen!

Ich möchte Euch Genossinnen und Genossen, die weiteren Wege skizzieren.

Wir werden das tun, was gegenüber unseren Wählern selbstverständlich ist: Wir werden die Gesetze und Anträge einbringen, die wir im Wahlkampf angekündigt haben. Das heißt, Abschaffung der Studiengebühren, Reform der G8, Initiative für eine Internationale Bauausstellung Rhein-Main, Rückkehr in den Tarifvertrag der Länder.

Wir werden den landesgesetzlichen Rahmen für die Wende zu erneuerbaren Energien einbringen, besonders die Erweiterung der kommunalpolitischen Kompetenzen dafür. Da darf mitstimmen, wer will, die Linkspartei genauso wie Herr Hahn und auch die CDU, wenn sie neue Erkenntnisse hat.

Dieser Weg, aus dem Parlament heraus den Politikwechsel zu gestalten, wird steinig sein. Er ist kein Königsweg, denn die geballte Regierungsmacht liegt in den Händen der CDU. Und deshalb erwarten wir von Herrn Koch und seiner geschäftsführenden Regierung, dass sie ihre Befugnisse im Sinne der parlamentarischen Mehrheiten nutzt und sie nicht zur Destruktion, zur Verhinderung, zur Blockade missbraucht. Wir erwarten von dieser Landesregierung, dass sie die Beschlüsse des Parlaments zügig umsetzt – und Anträge der gewählten Volksvertretung nicht als unmaßgebliche Willensbekundungen beiseite legt.

Und Genossinnen und Genossen, ich mache kein Geheimnis daraus, das ich mir zu gegebener Zeit weiterhin eine Minderheitenregierung mit den Grünen oder vielleicht sogar eine Ampel vorstellen kann, wenn die FDP zur inhaltlichen Besinnung kommt und ihre Blutsbrüderschaft mit Koch beendet. Darüber entscheiden Partei und Parteitag.

Was ich mir nicht vorstellen kann ist, wie „Jamaika“ gelingen soll. Unabhängig von dem damit verbundenen dreifachen Wortbruch der CDU, FDP und den Grünen – wunderlich, dass dies niemand thematisiert – wäre es die Selbstaufgabe der Grünen in Hessen. Das können die Grünen nicht wollen.

Wir stehen aber vielleicht irgendwann auch vor einer dritten Möglichkeit, die im Moment niemand will und die ich mir nicht wünsche, die ich nicht anstrebe, die ich aber weder ausschließen kann noch fürchte. Und das sind Neuwahlen.

Ich bin sicher, es gibt einen gravierenden Unterschied zwischen der veröffentlichten bundesweiten Meinung und der Meinung vieler hessischer Bürger, die natürlich besser wissen, wie es hier aussieht und wie Kochs Politik und unsere Politik zu bewerten sind.

Ganz viele sind auf mich zugekommen oder haben geschrieben, fast immer mit der Ermunterung: Andrea, Frau Ypsilanti halte und halten Sie durch, wir wollen Deine bzw. Ihre Politik! Wir haben die hessische SPD nicht wegen irgendwelcher Koalitionsaussagen, sondern wegen der Inhalte gewählt.

Und Genossinnen und Genossen, ich sichere Euch zu: Wir werden uns weder von fetten Schlagzeilen, polemischen Kommentaren oder Talkshow-Runden, von unserer Politik abbringen lassen – und ich schon gar nicht!

Wir haben keine Angst vor Neuwahlen, wenn das Landesparlament dies irgendwann beschließt. Wir wissen, unsere Inhalte sind richtig – und diese wollen die Menschen, die die SPD gewählt haben, und noch mehr Menschen wollen eine Ministerpräsidentin sehen. Ich fürchte mich nicht, mit dieser großartigen hessischen SPD wieder anzutreten.

Wir können uns erhobenen Hauptes vor die Wähler stellen. Und wir tun dies, wenn es erforderlich ist.

Und ich bin davon überzeugt, die meisten der Bürger und Bürgerinnen akzeptieren, dass wir mit der Linken sprechen und sie nicht dauerhaft wie Schmutzkinder behandeln, zumal sie das am Ende nur stärker macht. Manchmal habe ich den Eindruck, die Bürger sind da - wie bei den erneuerbaren Energien - schon weiter.

Unsere Partei wird auch in NRW und im Saarland bald vor die Frage gestellt, ob wir eine babylonische Gefangenschaft als Juniorpartner der CDU, oder eine neue soziale Reformpolitik wollen. Ob wir mit der gesellschaftlichen Mehrheit jenseits der rechten Parteien Politik für die Menschen machen wollen.

Ich kann dazu nur empfehlen: Wer eine SPD jenseits der 30% Marke nicht nur auf dem Papier will, der muss sich dieser gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit stellen – auch wenn es dafür nicht nur Beifall gibt. Der kann an unserem Programm und damit erzielten Wahlergebnis ablesen, wie man das macht!

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von der Verkäuferin bei Rewe bis zur Bankangestellten, brauchen eine SPD, die wirksam für ihre Interessen streitet.

Das gilt ebenso für die vielen Selbstständigen, die wissen, dass unser Wirtschafts- und Umweltprogramm unsere Industrie globalisierungsfähig hält und zugleich die regionale Wirtschaft belebt und dauerhaft stabilisiert. Das gilt für die Eltern, die die beste Bildung für ihre Kinder beanspruchen können.

Die im Hamburger Programm skizzierte „solidarische Mehrheit“ besteht nicht aus 5% Yuppies, sondern aus allen gesellschaftlichen Milieus und sozialen Klassen. Für die lohnt es sich zu streiten und dafür gibt es Mehrheiten. Zu Risiken und Nebenwirkungen kann man die hessische SPD befragen!

Ich stehe vielleicht nicht – wie es in einer klassischen Strophe eines Arbeiterliedes heißt -, „so fest wie eine Eiche“. Aber ich habe „so manchen Sturm erlebt“ und durchgestanden. Und ich kenne den Alltag, nicht nur vom Hörensagen. Wie stark ich politisch bin, entscheidet ihr und die Wähler und Wählerinnen.

Genossinnen und Genossen, ich bin bereit, mit Eurer Unterstützung und Solidarität weiter für die Idee einer Sozialen Moderne zu kämpfen, denn die Antworten auf die Fragen der Zeit haben wir!

Deshalb zieht mit uns die Neue Zeit. Glückauf.